

An den Vorsitzenden des Unterausschusses  
„Digitale Kommunikation und Organisation“  
Herrn Dr. Elster

An die Oberbürgermeisterin  
Frau Henriette Reker

**Thomas Hegenbarth**

**Lisa Gerlach**

Rathaus - Spanischer Bau

50667 Köln

Tel.: +49 (221) 221 - 25541

Mail: Thomas.Hegenbarth@stadt-koeln.de

Mail: Lisa.Gerlach@stadt-koeln.de

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 28.02.2018

**AN/0312/2018**

#### **Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Unterausschuss Digitale Kommunikation und Organisation	05.03.2018

#### **Open Source versus Microsoft – Sachstand 2017**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragsteller bitten Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung des nächsten Unterausschusses Digitale Kommunikation und Organisation zu setzen:

Unabhängigkeit von einem Hersteller oder einer Hardware-Plattform, maximale und kostengünstige Flexibilität, Sicherheit, besserer Datenschutz und lokale Wirtschaftsförderung sind nur einige Vorteile von Open-Source-Produkten in der kommunalen Verwaltung. Die Stadt Köln nutzt jedoch, wie eine Anfrage der Piraten 2014 ergab, in großem Umfang proprietäre Softwareprodukte der Firma Microsoft.

Damit setzt sie sich neben einem erhöhten Sicherheitsrisiko und steigenden Kosten auch der Willkür eines Unternehmens aus. Beispielhaft genannt sei an dieser Stelle die fragwürdige Lizenz- oder kostenpflichtige Update-Politik des Unternehmens.

Mit einem offenen Brief forderten 31 Organisationen, dass mit Steuergeldern finanzierte Software für die öffentliche Verwaltung grundsätzlich unter einer Free-Software- und Open-Source-Lizenz verfügbar sein müsse.<sup>1</sup>

Die Kölner Stadtverwaltung hat Anfang des Jahres eine neue Dienstvereinbarung zur "Digitalisierung städtischer Angebote und Prozesse" auf den Weg gebracht. Die Vereinbarung regelt künftig die Rahmenbedingungen, wenn neue Verfahren, Anwendungslösungen und Technologien eingeführt oder aber bereits eingesetzte Technologien wesentlich geändert werden sollen.

<sup>1</sup> <https://www.heise.de/newsticker/meldung/Kampagne-Public-Code-Software-fuer-die-Verwaltung-soll-frei-sein-3830705.html>

**Vor diesem Hintergrund fragen wir die Stadtverwaltung:**

1. Welche Open-Source-Anwendungen wurden in der Stadtverwaltung und Einrichtungen mit städtischer Beteiligung seit 2014 angeschafft/eingeführt? , wie hoch ist der prozentuale Anteil von Open-Source-Betriebssystemen und Open-Source-Anwendungen je Abteilung, und welche Rolle werden Open-Source-Anwendungen bei der zukünftigen Digitalisierung städtischer Angebote und Prozesse spielen?
2. Ist von der Verwaltung oder Unternehmen mit städtischer Beteiligung selbst programmierte Software, z. B. „Sag's uns“ und die KVB-App, immer quelloffen? Wenn nein: warum nicht?
3. Wie bewertet die Stadt den Vorwurf, die staatliche Zusammenarbeit mit Microsoft verursache stetig steigende Kosten, blockiere den technischen Fortschritt in Behörden, untergrabe systematisch das europäische Beschaffungs- und Wettbewerbsrecht und setze IT-Systeme (eventuell samt deren Daten über Bürger) einem hohen technischen und politischen Sicherheitsrisiko aus?<sup>2</sup>
4. Wie können faire Rahmenverträge und Wettbewerbsverfahren überhaupt gewährleistet werden, wenn de facto nur mit Microsoft-Produkten und deren Lizenzen gearbeitet wird?

gez. Thomas Hegenbarth

gez. Lisa Hanna Gerlach

---

<sup>2</sup> <http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/cyber-attacken-auf-staatliche-it-europas-fatale-abhaengigkeit-von-microsoft/19628246.html>